Halleſche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachſen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 616 Jahrgang 212

Bezugspreis: Für hieſige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Poſt bezogen zuzüglich poſtal. Beſtellgeld.
Geſchäftsſtelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Poſtſcheckkonto Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe
Freitag, 12. Dezember

Anzeigenpreis: Die 7geſp. 58 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3geſp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geſchäftsſtelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürſt Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueſte Tagesnachrichten

* Der Volkswirtſchaftsausſchuß der Nationalverſammlung verabſchiedete eine Verordnung zur Behebung der dringendſten Wohnungsnot.

* Amtlich wird bekanntgegeben: Oberſt Reinhard ſcheidet mit dem geſtrigen Tage aus der Reichswehr aus. Er iſt mit der geſetzlichen Penſion zur Dispoſition geſtellt worden.

* Der größte Teil der Baltikumtruppen iſt an der deutſchen Grenze angelangt und ſoll vorläufig den Grenzſchutz gegen die nachdrängenden Letten und Litauer übernehmen.

* Litwinow ſtellte den Vertretern der alliierten Mächte eine Reſolution zu, die ein tatſächliches Friedensangebot Sowjetrußlands darſtellt.

* Alle iriſchen Gerichtsbeamten haben ihr Abſchiedsgeſuch eingereicht. Als Grund dafür werden die Beſtimmungen des Geſetzentwurfs über Homerule angegeben.

* Die amerikaniſche Regierung erklärt, daß geſetzliche Hinderniſſe für die Bewilligung einer amerikaniſchen Anleihe an die Staaten Mitteleuropas vorliegen.

Wieder einmal „unannehmbar"

Mündliche Verhandlungen geplant.

(Von unſerem hf-Sonderberichterſtatter.)

Berlin, 11. Dezember.

Das Reichskabinett, das heute vormittag zu einer kurzen Beſprechung zuſammengetreten war, hat dieſe Sitzung bis in die ſpäten Nachmittagsſtunden ausgedehnt. Gegenſtand der Verhandlung war die Feſtſtellung der Antwortnote. Es iſt die Ueberzeugung durchgedrungen, daß die Erledigung der Scapa-Flow-Angelegenheit und der Schlußſatz im Zuſatzprotokoll in der von der Entente gewünſchten Form unannehmbar iſt. Es ſoll verſucht werden, in mündliche Verhandlungen mit dem Oberſten Rat einzutreten. Die Antwortnote der deutſchen Regierung wird in kürzeſter Zeit nach Paris abgehen.

Lugano, 11. Dezember.

In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Giornale d'Italia" erzählt Oberſt Romanelli, der Chef in der italieniſchen Miſſion in Budapeſt: Alle Verbündeten ſeien erſtaunt darüber geweſen, daß Deutſchland den ihm auferlegten Frieden angenommen habe.

Das angebliche Recht des Unterſuchungsausſchuſſes

(Von unſerem hf.-Sonderberichterſtatter.)

Berlin, 11. Dezember.

Der parlamentariſche Unterſuchungsausſchuß hat heute mit allen gegen 2 Stimmen in Erledigung der Frage, die die Vernehmung des früheren Staatsſekretärs Helfferich aufgeworfen hatte, erkannt, daß jedes Mitglied des Unterſuchungsausſchuſſes Fragerecht hat und infolgedeſſen auch jede Auskunftsperſon die Antwortpflicht. Der Unterſuchungsausſchuß, das iſt ſeine Vollverſammlung, kann nicht als entſcheidende Juſtiz Einſprüche wegen der Entſcheidung des Unterausſchuſſes angerufen werden, ſondern jeder Unterausſchuß hat Einſprüche von Auskunftsperſonen oder Sachverſtändigen zu entſcheiden.

Die Londoner Verhandlungen

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Amſterdam, 11. Dezember.

Wie aus Paris gemeldet wird, folgt man dort mit regem Intereſſe den Beſprechungen zwiſchen Clemenceau und Lloyd George. Wie der Pariſer Korreſpondent des „Telegraph" aus guter Quelle wiſſen will, wird ſeit einiger Zeit darüber beraten, den Sitz des Oberſten Rates nach London zu verlegen. Die Konferenz bleibt jedoch in Paris. Der Oberſte Rat ſoll nicht mehr in der alten Form beſtehen bleiben, ſondern es ſoll ein ſogenannter Botſchaftsrat an ſeine Stelle treten. Clemenceau und Lloyd George beſprechen weiter, in welcher Weiſe England und Frankreich auf politiſchem, militäriſchem und diplomatiſchem Gebiet zuſammengehen ſollen, da Amerika ſich von der Konferenz zurückgezogen hat. Sobald eine Uebereinſtimmung erzielt iſt, will man ſich an Amerika wenden. Aus allem geht hervor, daß bei den Beſprechungen in London auch mit den Alliierten verhandelt werden wird. Die Reiſe des italieniſchen Miniſterpräſidenten nach London beweiſt, daß auch über die Adriafrage beraten werden ſoll.

Amſterdam, 11. Dezember.

Aus London wird berichtet: Lloyd George beabſichtigt, den Oberſten Kriegsrat in Verſailles neu zu organiſieren. Die Vereinigten Staaten ſind dem noch nicht beigetreten. Die Franzoſen verlangen dagegen, daß der interalliierte Generalſtab ähnliche Pläne für Frankreich, Großbritannien und Amerika ausarbeiten ſoll, wie ſie 1914 zwiſchen Frankreich und England beſtanden, wodurch in den kritiſchen Tagen des franzöſiſchen Rückzuges Zeit gewonnen worden iſt. Die Engländer halten mit ihrer Einwilligung zu dieſem Plane noch zurück.

Paris, 11. Dezember.

Wie der „Intranſigeant" meldet, wäre es nach Anſicht Lloyd Georges vorzuziehen, die noch notwendigen Friedensverhandlungen in London fortzuſetzen. Die Engländer behaupteten auch, daß der amerikaniſche Botſchafter Wallace nicht plein pouvoir von ſeiner Regierung erhalten habe, ſo daß alſo der amerikaniſche Botſchafter in London genau wie er fungieren könne. Außer dem Präſidenten der italieniſchen Friedensdelegation ſoll man auch den belgiſchen Miniſter für auswärtige Angelegenheiten Paul Hymans an der Themſe erwarten. Hauptſächlich werde man die ruſſiſche Frage beſprechen. Frankreich wolle jedoch jeden Kontakt mit den Bolſchewiſten vermeiden.

*

Amſterdam, 11. Dezember.

Die „Times" melden aus New-York, daß die amerikaniſche Flottenleitung in einem Memorandum darlege, daß es, wenn nichts Endgültiges mit Bezug auf die allgemeine Abrüſtung geſchehe, die Politik der Vereinigten Staaten ſein müſſe, eine Kriegsflotte zu beſitzen, die mindeſtens ſo ſtark iſt, wie die mächtigſte und ſtärkſte Flotte irgendeiner anderen Nation der Welt. Es beſteht der Plan, die neue Flotte bis 1925 fertigzuſtellen und ſie im Stillen und Atlantiſchen Ozean auftreten zu laſſen.

So alſo ſieht die Abrüſtung unſerer Feinde aus. Große Worte vom Weltfrieden, aber immer neues Säbelſchleifen. Wird es unſerem Volke nicht endlich klar, wie man es belogen und betrogen hat, dämmert es nicht endlich?

Die Räumung des Baltikums

Königsberg, 11. Dezember.

Die Deutſche Legion hat Potocki in Stärke von etwa 5090 Mann erreicht. Die Spitzen der Eiſernen Diviſion haben bei Bayoren, Gorski und Beiskaiten in Geſamtſtärke von etwa 6400 Mann die deutſche Grenze überſchritten. Die Bahnlinie bis Potocki iſt an die Litauer übergeben worden. Die Letten betreiben die Strecke Libau—Skudi. General Nieſſel hat ausdrücklich zugeſagt, daß die lettiſchen Truppen auch nach durchgeführter Räumung nach dem 13. Dezember die deutſche Grenze nirgends überſchreiten würden.

„Nach Sankt Helena!"

Amſterdam, 11. Dezember.

Laut „Telegraaf" erklärte der von einem Beſuch nach Köln, Frankfurt, Stuttgart und München zurückgekehrte Oberſt Lander im engliſchen Unterhauſe, er habe in Deutſchland eine ſtarke Strömung zugunſten einer Gegenrevolution wahrgenommen. Die royaliſtiſche Partei nehme, ſoweit er beobachten könne, täglich an Umfang zu. Wenn man dem vormaligen deutſchen Kaiſer nicht den Prozeß mache und ihn nicht nach Sankt Helena ſende, ſo werde man ihn als König von Preußen wiederſehen.

Die Unſtimmigkeiten im Mehrheitsblock

Berlin, 11. Dezember.

Die geſpannte Lage innerhalb der Koalitionsparteien dauert fort. Bekanntlich iſt es im Unterrichtsausſchuß der Landesverſammlung zu erregten Szenen gekommen, weil das Zentrum hartnäckig auf ſeiner Forderung beſtand, daß in den Schulaufſichten der Geiſtliche als ſogenanntes geborenes Mitglied verbleiben müſſe. Inzwiſchen iſt eine Klärung der Lage nicht erfolgt, ſie dürfte wohl noch einige Tage in Anſpruch nehmen. Die Mehrheitsſozialiſten wollen ihren Standpunkt nicht aufgeben und ſcheinen von den Demokraten in ihrem Verhalten beſtärkt zu werden. Auf der anderen Seite ſteht das Zentrum jetzt, wie aus ſeinen Kreiſen behauptet wird, geſchloſſen hinter der Perſon ihres Fraktionsmitgliedes Dr. Lauſcher, durch den es zu dieſem Konflikt gekommen iſt. Wenn auch die Zentrumspartei, wie es den Anſchein hat, durch den Vorſtoß dieſes Abgeordneten in gewiſſem Sinne ſelbſt überraſcht worden iſt, wenn man auch wohl annehmen darf, daß er vor der Hand nicht namens und im Auftrage der ganzen Partei handelte, ſo iſt jedenfalls jetzt die Rückendeckung für ihn vorhanden. Lauſcher, der ſich bei den letzten Debatten in der Landesverſammlung als ein beſonders gewandter und wirkſamer Sprecher ſeiner Partei erwieſen hat, wird von ihr keinesfalls im Stiche gelaſſen werden.

So müßte man nach den vorliegenden Darſtellungen mit einer akuten Kriſe im Mehrheitsblock ſprechen, die ſich ſchwer überwinden läßt. Dennoch ſcheint bei allen drei Parteien die Hoffnung vorhanden zu ſein, zu einer für ſie befriedigenden Löſung zu kommen, die an der beſtehenden Parteigruppierung nichts ändert.

Die Haltung der Regierung läßt ſich dahin kennzeichnen: Der Miniſter will den katholiſchen Geiſtlichen in den Schuldeputationen gern die Rolle von Sachverſtändigen einräumen. In ſeiner Partei betont man, daß dies ja auch ausdrücklich durch die Beſtimmung vorgeſehen ſei, wonach Sachverſtändige hinzugewählt werden. Hiermit wird die Zentrumspartei aber zweifellos nicht zufrieden ſein, denn ſie legt Wert nicht auf die Zulaſſung von Sachverſtändigen, ſondern von ſtimmberechtigten Vollmitgliedern.

Liberale Schulfreundlichkeit?

Eine Berichtigung zu dem Körlinſchen Artikel: Preußiſche Schulgeſchichte auf einem deutſchnationalen Parteitage. (Nr. 274 des „Merſeb. Korreſp.")

Von
Rektor Herrmann-Friedersdorf,
Mitglied der Preußiſchen Landesverſammlung.

Der Herr Seminarlehrer Körlin bemüht ſich, meine Ausführungen auf dem deutſchnationalen Landesparteitag über die Schulpolitik des Abgeordnetenhauſes in der Zeit, in welcher die Liberalen die Mehrheit hatten (drei Jahrzehnte lang), mit Hinweiſen auf das Herrenhaus und die Staatsregierung als nicht den Tatſachen entſprechend hinzuſtellen. Hierzu habe ich zur Richtigſtellung zu bemerken, daß meine Ausführungen ſich nur mit der Schulpolitik im Abgeordnetenhauſe von 1848 bis 1918 beſchäftigten, nicht mit der im Herrenhauſe und mit der der Staatsregierung. Es galt den Beweis zu führen, ob es wahr iſt, wie immer von gewiſſer Seite behauptet wird: Im Abgeordnetenhauſe waren die Liberalen kulturfreundlich, die Konſervativen kulturfeindlich.

Herrenhaus und Staatsregierung ſcheiden alſo bei dieſer Behauptung aus. Die alte Regierung im Kultus- und Finanzminiſterium zu verteidigen, iſt mir nicht eingefallen, wie es aber nach den Ausführungen des Herrn Köerlin erſcheinen könnte. Ich bin mir ebenfalls bewußt, daß das frühere Kultus- und Finanzminiſterium gegenüber Schule und Lehrer ſehr gefehlt hat.

Nun kommt aber hier die Frage, hat wenigſtens das Abgeordnetenhaus gegenüber Schule und Lehrerſtand ſeine Schuldigkeit getan? Hat es auf die Staatsregierung den notwendigen kulturfreundlichen Druck (ob mit oder ohne Erfolg, kommt hierbei nicht in Betracht) ausgeübt:

1. in der liberalen Aera des Abgeordnetenhauſes;
2. in der konſervaitven Aera des Abgeordnetenhauſes?

Die von Herrn Körlin genannten liberalen Abgeordneten Dieſterweg und Harkort waren ſehr ſchul- und lehrerfreundlich. Sie waren Abgeordnete in der Zeit der liberalen Aera. Herr Köerlin hätte aber bei der Erwähnung der Lehrerfreundlichkeit der beiden Abgeordneten Dieſterweg und Harkort hinzuſetzen müſſen, daß dieſe beiden Streiter für Schule und Lehrerſtand von ihrer eigenen liberalen Partei in der ſchmählichſten Weiſe verlaſſen waren.

Dieſterweg forderte in der Fraktionsſitzung in einem Antrage am 26. Februar 1859:

1. ein Penſionsgeſetz; 2. beſſere Verſorgung der Witwen und Waiſen; 3. das Minimum eines feſten, den Lokal- und Zeitverhältniſſen entſprechendes Einkommen des Lehrers; 4. geſetzliche Mitgliedſchaft des Lehrers im Schulvorſtand; 5. beſſere Lehrerbildung und 6. Beſeitigung der Regulative.

Ueber den Verlauf der Fraktionsſitzung berichtet der liberale Schulpolitiker und Lehrer Roſin, Berlin, folgendes:

„Nachdem Dieſterweg dieſe ſechs Punkte kurz begründet hatte, rechnet er mit Sicherheit auf die Zuſtimmung ſeiner liberalen Kollegen. Man diskutierte, Dieſterweg verteidigte ſich, aber da er den alten Parlamentariern wie Vinke nicht gewachſen war, erlitt er eine gründliche Niederlage — die Fraktion, 160 Mitglieder, lehnte die Unterſtützung der Anträge einſtimmig ab ......

Bezüglich der Beſoldung führte Dieſterweg aus, daß es unmöglich ſei, die Lehrer auch nur einigermaßen angemeſſen zu beſolden, wenn nicht der Staat laufende Zuſchüſſe bewillige. Die Gemeinden ſeien gar nicht in der Lage, die Gehälter einigermaßen zu erhöhen. Der liberale Führer v. Vinke ſagte darauf:

„Das Budget iſt gar nicht dazu da, um den Schullehrern daraus Beſoldung zu geben, ſondern nur um armen Gemeinden, die nicht imſtande ſind, ihren Schullehrern genügendes Gehalt zu geben, eine Aushilfe zu ſchaffen. Die Beſoldung der Lehrer iſt nur Sache der Gemeinden, aber nicht des Staates."

Auf den größten Widerſtand ſtieß Dieſterweg aber, als er ſich für die Aufnahme des Lehrers in den Schulvorſtand ausſprach; auf dieſem Gebiete führte er mit Harkort einen vergeblichen Kampf gegen den „liberalen" Miniſter und gegen die „liberale Mehrheit". Die Liberalen waren über die ſchulfreundliche Politik dieſer beiden Abgeordneten ſo aufgebracht, daß die eigene Partei Dieſterweg und Harkort nicht wieder in die Unterrichtskommiſſion wählte.

Im Jahre 1879 ſtellte der fortſchrittliche Abgeordnete Knörke einen Antrag, der ähnliche Forderungen wie der Dieſterwegſche forderte. Die fortſchrittliche Partei war darüber ſo empört, daß der Vorſitzende Eugen Richter gegen den Willen des Abg. Knörke ſich den Antrag vom Präſidenten Bennigſen wieder zurückgeben ließ. Auch der Abg. Knörke wurde von ſeiner Partei nicht wieder in die Unterrichtskommiſſion gewählt, um mit den „ewigen Schulnörgeleien“ nicht mehr beläſtigt zu werden.

Zeugt das von Lehrerfreundlichkeit?

Die fortſchrittliche „Preuß. Lehrerztg.“ ſchrieb in jenen Tagen dem Liberalismus unter anderem folgendes ins Stammbuch:

> „Die Fortſchrittspartei hat den Mann aus der Unterrichtskommiſſion verdrängt, der ſich der Lehrer im Hauſe am wärmſten angenommen hat, der einer der wenigen Kenner des Schulweſens im Abgeordnetenhauſe iſt, — und damit hat die Fortſchrittspartei der preußiſchen Lehrerſchaft, abſichtlich oder nicht, einen Schlag ins Geſicht verſetzt . . . . . Wir bedauern, daß es in der Partei nicht beſonnenere Männer genug gab, welche das ganze Manöver gegen Knörke hätten verhindern können.“

Tatſache iſt: die liberale Mehrheit im Abgeordnetenhauſe lehnte die Anträge auf ein Dotationsgeſetz, Lehrerbeſoldungsgeſetz, entſprechendes Penſionsgeſetz, geſetzliche Mitgliedſchaft des Lehrers im Schulvorſtand und beſondere Lehrerbildung ab. Das ſteht dokumentariſch feſt und daraus ſpricht keine Kulturfreundlichkeit, wie immer behauptet wird, um im Gegenſatz die Konſervativen kulturfeindlich hinzuſtellen.

Wohl aber brachte die konſervative Aera dieſe Geſetze.

Die konnten leider die Wünſche der Lehrer nicht erfüllen, weil die leiſtungsfähigen Träger fehlten. Tatſache aber iſt, daß die rechtsſtehenden Parteien im letzten Jahrzehnt ſich vergeblich gegen die Linksmehrheit bemüht haben, die Gemeinden von der perſönlichen Schullaſt zu befreien, weil der größte Teil derſelben keine leiſtungsfähigen Träger abgeben, worin die Urſachen der ſchlechten Lehrerbeſoldung und Zurückſetzung der Landſchule zu erblicken ſind.

Noch 1918 ſtellten die Konſervativen einen Antrag auf Befreiung der Gemeinden von der perſönlichen Schullaſt und damit auf ſofortige Gleichbeſoldung der Lehrer mit den Sekretären der allgemeinen Staatsverwaltung. Beide Anträge wurden von den Nationalliberalen, der Fortſchrittlichen Volkspartei, dem Zentrum und den Sozialdemokraten abgelehnt. Die genannten Mehrheitsparteien kämpften mit der Staatsregierung gegen die Anträge der rechtsſtehenden Parteien.

Herr Körlin hat alſo kein Recht, die rechtsſtehenden Parteien für die Sünden der Staatsregierung in der Schulpolitik verantwortlich zu machen. Die Verantwortlichkeit lag auf der anderen Seite der Parteien. Hätten ſie auf die Staatsregierung denſelben Druck wie die rechtsſtehenden Parteien im letzten Jahrzehnt und in ihrem letzten Antrag ausgeübt, dann hätten heute die Lehrer das Gehalt, worauf ſie mit Schmerzen warten.

Jawohl, auch die Konſervativen haben ihre ſchulpolitiſchen Fehler gehabt, die ich durchaus nicht gutheiße. Ich fühle mich aber trotzdem berechtigt, die allgemeine Behauptung: die Liberalen waren kulturfreundlich, die Konſervativen kulturfeindlich, als eine falſche Gegenüberſtellung zu bezeichnen.

Proteſt gegen Erzbergers Steuerpläne

(Von unſerem hf-Sonderberichterſtatter.)

Berlin, 11. Dezember.

Der Reichsverband der Deutſchen Induſtrie hat in ſeiner heutigen Verſammlung folgende Entſchließung angenommen:

Der Hauptausſchuß des Reichsverbandes der Deutſchen Induſtrie verwahrt ſich nachdrücklichſt gegen eine übereilte und planloſe Art, dem deutſchen Volk Steuerlaſten aufzuerlegen. Die deutſche Induſtrie iſt durchaus bereit, zur Ausführung der Friedensbedingungen die Abgaben zu leiſten, ſtellt aber feſt, daß dieſe Abgaben bei dem Reichsnotopfer und in den neuen Steuerentwürfen die ganze deutſche Wirtſchaft lahmlegen und die Geſundung unſerer Produktionskräfte unmöglich machen. Die Stellungnahme der deutſchen Induſtrie gegen das Reichsnotopfer entſpringt aus der Tatſache, daß auch heute noch keine Sicherheit für das Ergebnis zum Nutzen der Reichsfinanzen beſteht. Solange damit gerechnet werden muß, daß dieſes Ergebnis von den Gegnern lediglich als Abſchlagszahlung angeſehen werden muß, kann einem ſolchen Eingriff in die Subſtanz unſeres Produktionskapitals nicht ſcharf genug widerſprochen werden.

Um das Reichsnotopfer

Nationalverſammlung

Berlin, 11. Dezember.

Präſident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Erſte Beratung des Geſetzentwurfes betreffend Aenderung des Bankgeſetzes.

Reichsbankpräſident **Havenſtein** begründet die Vorlage, die eine Verlängerung des Privilegs der Reichsbank für das kommende Jahrzehnt fordert und die Beteiligung des Reiches an dem Bankgewinn neu regelt, ſowie die Organiſation der Bank den durch den Friedensſchluß geſchaffenen Verhältniſſen anpaßt.

Abg. **Dernburg** (Dem.) beantragt Ueberweiſung an den 6. Ausſchuß.

Das Haus ſtimmt dem zu. Es folgt die Fortſetzung der zweiten Beratung des Reichsnotopfers.

Eine Reihe von Paragraphen wird nach den Ausſchußbeſchlüſſen angenommen.

Bei § 17 wird auf Antrag **Blunck** (Zentr.) der vom Ausſchuß zugeſetzte Abſatz 3 und 4, Abzüge vom Geſellſchaftsvermögen bei eingetragenen Genoſſenſchaften, wieder geſtrichen.

Zu § 18 bekämpft

Abg. **Dr. Quarck** (Soz.) die Zuſätze des Ausſchuſſes, die infolge einer Koalition zwiſchen der Rechten und dem Zentrum hier ein Privileg für landwirtſchaftliche Grundſtücke in das Geſetz hineingebracht haben.

Ein entſprechender Antrag **Dr. Braun-Löbe** will die bezüglichen Abſätze wieder ſtreichen.

Abg. **Farwick** (Zentr.) tritt für einen Antrag Blunck (Zentr.) ein, die von den Sozialdemokraten beanſtandeten Abſätze der Kommiſſionsfaſſung zu ſtreichen, dafür aber einen Abſatz einzuſetzen, wonach auf die Beſtimmungen der Reichsabgabenordnung Bezug genommen wird.

Abg. **Dr. Becker-Heſſen** (D. Vpt.) tritt für die Ausſchußfaſſung ein.

Abg. **Blunck** (Zentr.): Der einzige reelle Wertmeſſer für Grundſtücke iſt doch ſchließlich der Ertrag. Wenn das Notopfer mit 5 Prozent verzinſt werden ſoll, müſſen wir das Zwanzigfache des Ertrages als Wert der Grundſtücke anſetzen.

Der Antrag Blunck wird angenommen.

Bei § 18a bemerkt auf Anfrage des Abg. **Blunck** (Zentr.)

Reichsfinanzminiſter **Erzberger**: Wir haben wiederholt betont, daß wir auf Aufrechterhaltung der landwirtſchaftlichen Betriebe allergrößten Wert legen müſſen. Bei der Wertfeſtſtellung der Vermögensbeſtände für landwirtſchaftliche Maſchinen ſind Preiſe angegeben worden, die den Intereſſen entſprechen.

Die §§ 25 und 29 werden unverändert angenommen.

Bei § 33 bemerkt anläßlich eines Antrages **Mumm** (Dn.), der abgelehnt wird,

Miniſter **Erzberger**, daß auch bei der Bezahlung noch nicht getilgter Beträge des Notopfers durch deren Erben, ſoweit Lebensverſicherungen in Betracht kommen, möglichſte Erleichterungen ſeitens der Behörden ſtattfinden ſollen.

Unterſtaatsſekretär **Moeſer**: Ich bitte, es bei der Ausſchußfaſſung zu belaſſen. Die Stundung wird in ſolchen Fällen erlaſſen, wo ſie ſich als Härte erweiſt. Außerdem hat der Reichsfinanzminiſter erklärt, daß in den Ausführungsbeſtimmungen eine weitere Erklärung vorliegt. Dadurch iſt dieſer Antrag gegenſtandslos geworden. Die „Kann“-Vorſchrift iſt vom Finanzamt nach pflichtmäßigem Ermeſſen zu behandeln. Wenn das Finanzamt die Vorausſetzung bejaht, kann die Stundung eintreten. Die Stundung für die ganze Zeit auszuſprechen, iſt nicht möglich, da bei Veränderung ihre Aufhebung möglich ſein muß.

Auf Antrag **Blunck** (Zentr.) wird ein § 45a angenommen, wonach Aktiengeſellſchaften uſw. die zur Barzahlung der Abgabe erforderlichen Mittel aus dem geſetzlichen Reſervefonds entnehmen dürfen.

Der Reſt des Geſetzes wird nach den Ausſchußbeſchlüſſen angenommen.

Nächſte Sitzung Freitag 1 Uhr: Anfragen, kleinere Vorlagen.

Schluß 5½ Uhr.

*

Bei der zweiten Beratung des Umſatzſteuergeſetzes im Steuerausſchuß der Nationalverſammlung wurde die Inſeratenſteuer auf 10 Proz. feſtgeſetzt. Dieſer Satz ermäßigt ſich jedoch nach einem Antrage Waldſtein (Dem.) auf 2 Proz. für die erſten 100 000 der geſamten Inſerateneinnahmen, auf 3 Proz. für die nächſten 100 000 uſw. bis 9 Proz. Nach einem Antrage Dr. Spahn (Ztr.) wurde die Plakatſteuer auf 5 Proz. feſtgeſetzt. Die Hotel- und Depotſteuer beträgt 10 Proz. Jedoch kommt bei erſterer bei einem Tagesentgelt bis zu 5 Mk. nur die allgemeine Umſatzſteuer von 1½ Proz. in Anwendung.

Im Betriebsräteausſchuß der Nationalverſammlung wurde auf Grund eines ſozialdemokratiſchen Antrages das Wahlalter auf 18 Jahre feſtgeſetzt. Wählbar zum Betriebsrat ſind Arbeitnehmer beiderlei Geſchlechts vom 24. Lebensjahre ab.

Bei Beratung des Reichseinkommenſteuergeſetzes im Steuerausſchuß der Nationalverſammlung teilte Reichsfinanzminiſter Erzberger mit, daß die Regierung beabſichtige, mit fremden Staaten Verträge zur Anwendung von Doppelbeſteuerung zu ſchließen.

Das Strafverfahren Erzberger—Helfferich

Berlin, 11. Dezember.

Oberſtaatsanwalt **Krauſe** teilt mit Rückſicht auf die geſtrigen Mitteilungen der Preſſe über das Strafverfahren gegen Helfferich wegen Beleidigung des Reichsfinanzminiſters mit, daß die Akten mit Anklage bereits am 9. Dezember der Strafkammer zur Beſchlußfaſſung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zugegangen ſind. Die Hauptverhandlung dürfte vorausſichtlich im Januar oder ſpäteſtens Anfang Februar ſtattfinden.

Die Wohnungsnot

Berlin, 11. Dezember.

Der Volkswirtſchaftsausſchuß der Nationalverſammlung verabſchiedete eine Verordnung zur Behebung der dringendſten Wohnungsnot. Es handelt ſich um eine Verſchärfung der Verordnung vom 10. Januar 1919 über die Befugniſſe der Bezirks-Wohnungskommiſſare, Grundſtücke für Wohnungszwecke gegen Entſchädigung zu enteignen. Für dieſen Fall waren als Berufungsinſtanz die ordentlichen Gerichte vorgeſehen, die aber zumeiſt auf ihre Entſcheidungen, namentlich über ſtrittige Preisfragen, warten ließen. Nunmehr wird angeordnet, daß von den Landeszentralbehörden lokale Berufungsbehörden zur Entſcheidung berufen werden. Die Verordnung enthält weiter Beſtimmungen gegen den Schleichhandel mit Bauſtoffen und gibt den Wohnungskommiſſaren das Recht, Ziegel- und andere Bauſtoffwerke zur Wiederaufnahme des Betriebes anzuhalten. Der Ausſchuß genehmigte ferner die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollſtreckungen vom 17. Januar 1919.

Fahnen heraus!

(Von unſerem hf-Sonderberichterſtatter.)

Potsdam, 11. Dezember.

Fahnen heraus! So heißt die Parole der Kreisgruppe Potsdam der Deutſchnationalen Volkspartei für den am 17. d. M. ſtattfindenden erſten Parteitag des Landesverbandes Potsdam. Es wurde beſchloſſen, zum Empfang und vor allem zur Feier des Tages reichen Flaggenſchmuck anzulegen. Am nächſtfolgenden Tage wird der Deutſchnationale Jugendbund das Vaterländiſche Schauſpiel „Colberg“ zur Aufführung bringen.

Der Lindner-Prozeß

In der weiteren Verhandlung handelt es ſich hauptſächlich darum, ob Lindner aus eigenem Antriebe handelte oder ob ein Plan zugrunde lag. Viele Zeugen ſind die Anſicht, daß die Ereigniſſe ſich nach wohlerwogenem Plan abſpielten. Es ſeien Aeußerungen gefallen wie: „Da könnt Ihr was erleben, an dem Tag gehts los, da geht der Landtag in die Luft“. Es ſei auch merkwürdig geweſen, daß keine Tribünen zu haben geweſen ſeien. Es hieß, die habe bereits der revolutionäre Arbeiterrat. Der Mann an der Türe habe auch geſchoſſen, auch von der Tribüne ſeien Schüſſe gefallen.

Auch ſie ſollen Steuern zahlen

Berlin, 11. Dezember.

Der „B. Z. a. M.“ zufolge werden die Angehörigen der alliierten Mächte gemäß einer Entſcheidung der interalliierten Rheinlandkommiſſion, ſoweit ſie im Rheinlande leben, verpflichtet, alle Steuern und Zölle zu zahlen, wie ſie von den Deutſchen bezahlt werden. Unter dieſe Entſcheidung fallen auch die zahlreichen ausländiſchen Niederlaſſungen mit ihren Millionen-Umſätzen.

Ein Proteſt König Ludwigs III. Ein energiſcher ſchriftlicher Proteſt König Ludwigs III. liegt der bayeriſchen Regierung vor. Er richtet ſich gegen die willkürliche Beſchlagnahme des königlichen Privateigentums im Marſtall und Weinkeller der Reſidenz München, wo die neuen Machthaber alles verſteigern wollten. Die Hofwagen, auf die ſich mancher Kriegsgewinnler gefreut haben mag, ſie zu Weihnachten erwerben zu können, ſind von der Verſteigerung ausgeſchloſſen.

Der neue Hüter des Schillerhortes. Dr. Heinrich Lilienfein-Berlin iſt mit großer Mehrheit zum Generalſekretär der Schillerſtiftung gewählt worden.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

68] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Ganz recht — aber — was hat Herr Mertens mit dem Dolch zu tun?“

„Die Sache iſt ſo: Vor ein paar Tagen ſah meine Frau auf dem Tiſche des Herrn Mertens einen Dolch liegen — ein ganz ſonderbares Ding. Meine Frau wollte ſich den Dolch mal genau anſchauen und nahm ihn vom Tiſche, doch da wurde Herr Mertens fuchsteufelswild. Na, er hat ſich dann aber ſchnell wieder beruhigt und hat den Dolch ſogar meiner Frau zum Putzen gegeben. Er war nämlich voll Blutflecken.“

„Voll Blutflecken?“ rief der Landgerichtsrat haſtig.

„Ja, aber Sie brauchen darum keinen Schrecken kriegen, denn es war kein Menſchenblut ſondern bloß von 'nem Hund, und ſogar von 'nem tollen Hund, wie ich ſchon ſagte. Der Herr Mertens hat nämlich einen Freund, der auch Reiſender iſt, dem hat der Dolch früher gehört. Dieſer Freund iſt neulich irgendwo auf einem Dorfe von einem tollen Hund angefallen worden. Er hat ſich aber mit dem Dolch verteidigt — ich meine der Reiſende — und hat ihn richtig abgemurkſt. Leider aber hat er bei der Geſchichte von dem Bieſt 'nen Biß in den Finger gekriegt. Darum hat unſer Mieter — was der Herr Mertens iſt — den Herrn nach Berlin ins Spital für Tollwütige gebracht — zum Impfen, verſtehen Sie. Und zum Dank für ſeine Bemühungen hat dann der Herr Mertens von ſeinem Freunde den Dolch geſchenkt bekommen. So, das wäre alſo die ganze Geſchichte von dem Dolch. Und nun, Herr Doktor, ſagen Sie mal offen und ehrlich — Sie brauchen ſich gar nicht zu genieren, ich fürchte mich keine Spur, denn wenn einer geimpft iſt, kommts ja nicht mehr zum Ausbruch — ſind Sie nicht der Reiſende, der — entſchuldigen Sie — die Geſchichte mit dem tollen Hund gehabt hat?“

Während Herr Philipp Dorn ſich in ſeiner umſtändlichen, geſtenreichen Rede das Geheimnis von der Seele ſprach, hatte ſich das Geſicht des Landgerichtsrats allmählich gerötet. In ſeinen Augen flimmerte es. Er fühlte deutlich: dieſen Mann hatte ihm ein freundliches Schickſal zugeſandt. Mit ſtürmiſchen Schritten durchmaß er mehrere Mal das Zimmer. Dann blieb er vor Herrn Dorn ſtehen.

„Nein, dieſer Mann bin ich nicht, doch tut das auch nichts zur Sache. Sagen Sie mal, mein lieber Herr, haben Sie wohl zwei bis drei Stunden Zeit?“

„Ne, leider nicht. Ich muß ſchlafen. Ich bin nämlich Pförtner in 'nem Nachtcafe, und habe bis ſieben Uhr Dienſt gehabt. Wenn ich ſonſt morgens müde nach Hauſe komme, ſo lege ich mich ſofort ins Bett. Als aber heute früh meine Frau mir die Anzeige zeigte, da ſagte ich ſofort: „Um dieſe Sache, Philipp, mußt du dich bekümmern!“ Da habe ich mir denn von meiner Frau 'ne Taſſe Kaffee kochen laſſen und bin zu Ihnen gekommen. Und heute abend um ſechſe habe ich wieder Dienſt!“

„Und wenn Sie nicht Ihre Zeit geſchlafen haben, können Sie nachher nicht arbeiten, wie?“ fragte der Landgerichtsrat und hielt Herrn Dorn ſeine Zigarrentaſche hin. Der ſah mit einem Kennerblick, welches Kraut ihm da geboten wurde und griff ſchmunzelnd zu.

„Na, ſo iſt die Sache nun gerade nicht. Ich ſchlage mir hin und wieder, wenn ich mal, wie man zu ſagen pflegt, unter die Räuber falle, 'nen ganzen Tag um die Ohren. Da wird denn geraucht, getrunken, geſpielt — und am Abend doch wieder gearbeitet. Und wenn ich Ihnen einen Gefallen damit tun kann, daß ich Ihnen ein paar Stunden Schlaf opfere, — na, warum denn nicht.“

„Sie ſollens natürlich nicht umſonſt tun. Ich zahle Ihnen für jede verſäumte Stunde zehn Mark.“

„Wie — was — zehn Mark — für die Stunde? Und die Belohnung, wenn das mit dem Dolch ſeine Richtigkeit hat —“

„Natürlich bekommen Sie die noch obendrein.“

„Na, Herr Doktor, dann ſtehe ich Ihnen mit Haut und Haaren zur Verfügung.“

„Schön, dann wollen wir nun zunächſt mal eine kleine Droſchkenfahrt machen —“

„'ne Luftballonfahrt, wenn nötig iſt!“ lachte Herr Philipp Dorn in roſigſter Laune. „Und dieweil Sie ſich anziehen, Herr Doktor, will ich ſchon 'ne Droſchke holen.“

„Schön, Herr Dorn. Um die nächſte Straßenecke herum iſt ein Droſchkenſtand.“

— — — — — — — — — — —

Als der Landgerichtsrat mit ſeinem Beſucher vor dem Polizeipräſidium den Wagen verließ, traten gerade der Unterſuchungsrichter und der Polizeirat aus dem Portale heraus. Sie kehrten aber mit den beiden Ankömmlingen ins Haus zurück.

„Ich ſehe, meine Herren, Sie wollen gerade ausgehen“ rief der Landgerichtsrat aufgeregt. „Iſt Ihr Gang dringend oder können Sie mir vorher ein paar Minuten Ihrer Zeit widmen?“

„Wir ſind im Begriffe, einen Beſuch zu machen —“

„Ah, Fräulein Bürklin?“

„Nein,“ antwortete der Unterſuchungsrichter ernſt. „Diesmal gilts Herrn Guſtav Bürklin.“

„Unſere Unterſuchung hat nämlich das erwartete Reſultat gezeitigt — weder des alten noch des jungen Hildebrand Hand paßt zu dem blutigen Handabdruck. Und nun ſoll uns Herr Guſtav Bürklin mal ſeine biedere Rechte leihen.“

„Wenn es ſo iſt, meine Herren, dann ſchieben Sie Ihren Beſuch um eine halbe Stunde auf und hören Sie zuvor, was Herr Dorn, den Ihnen vorzuſtellen ich mir hiermit erlaube, Ihnen zu erzählen hat.“

„Ueber was?“ fragte der Unterſuchungsrichter mit einem ſcharfen Blick auf den kleinen rundlichen Herrn, der in der Geſellſchaft dieſer imponierenden Perſönlichkeiten ſeiner Befangenheit nicht Herr zu werden vermochte.

„Herr Dorn hat den Dolch, den wir ſuchen, in Händen gehabt,“ ſprach der Landgerichtsrat mit gedämpfter Stimme.

„Ah — ſo ſo! Nun, den Herrn müſſen wir ſelbſtverſtändlich hören. Bitte, meine Herren, folgen Sie mir in mein Arbeitszimmer.“

Zwei Minuten ſpäter ſaßen die vier Herren im Büro des Unterſuchungsrichters an einem großen Tiſch. Doktor Ludewig und der Polizeirat hatten Notizblätter vor ſich liegen.

(Fortſetzung folgt.)

Preußenparlament

Der Kampf um die Schule.

Berlin, 11. Dezember.

Vizepräſident **Dr. Porſch** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Die zweite Beratung des Haushaltes des Kultusminiſteriums wird fortgeſetzt beim Abſchnitt Provinzialſchulkollegien, Prüfungsämter, höhere Lehranſtalten.

Abg. **Hennig** (U. S.): Ich empfehle unſern Antrag zur Annahme, wonach die Inhaber von Privatſchulen verpflichtet ſind, die Genehmigung zum Weiterbetrieb nach den Beſtimmungen der Reichsverfaſſung nachzuſuchen. Auch neu einzurichtende Schulen ſollen der Konzeſſionierung bedürfen. Die Privatſchulen ſollten von Fachleuten beaufſichtigt werden.

Miniſterialdirektor **Jahnke** (Leiter der Abteilung für das höhere Schulweſen): Beim Ausbau der Einheitsſchulen ſollen die verſchiedenartigen Begabungen Berückſichtigung finden. Auf die körperliche Ausbildung iſt beſonderer Wert zu legen. Das Berechtigungsweſen iſt ein großer Unfug. (Sehr richtig!) Mit den Schulen an ſich hat das überhaupt nichts zu tun. Beſonders ſchwierig iſt die Lage der Studienaſſeſſoren, die durch jahrelanges Warten verbittert ſind. Hier müſſen wir helfen. Sie, wie auch die Studienreferendare ſollen möglichſt bald angeſtellt werden. Die Schule ſoll unſer Volk einer beſſeren Zukunft entgegenführen. (Beifall.)

Abg. **Schilmer** (Dem.): Dem ſoeben entwickelten Programm bringen wir unſer Vertrauen entgegen. In die Schule muß mehr ſozialer Geiſt hinein. Das humaniſtiſche Gymnaſium behält ſeine Bedeutung, darf aber kein Uebergewicht haben. (Sehr richtig! links.) An Orten ohne höhere Mädchenſchulen muß den Mädchen der Beſuch der höheren Knabenſchulen geſtattet werden. Eine ſcharfe Trennung zwiſchen akademiſchen Lehrern und nichtakademiſchen wünſchen wir nicht. Die Grundlage des höheren Unterrichts muß Geſchichts- und Moralunterricht ſein. Aufgabe der höheren Schulen iſt, wahre Bildung zu vermitteln. (Beifall.)

Abg. **Grebe** (Zentr.): Wir treten ein für den Aufſtieg der Begabten. Der neunjährige Lehrplan der höheren Lehranſtalten iſt beizubehalten. Die Eigenart unſeres Gymnaſiums wollen wir erhalten.

Abg. Frau **Dr. Wegſcheider** (Soz.): Der Unterricht ſoll lebendig und möglichſt wenig auf Lehrbücher geſtützt ſein. Die Lehrbücher ſollten nur die Richtlinien für den Unterricht angeben. Der Direktor ſollte von der Lehrerkonferenz gewählt werden. Das Experiment mit den Elternbeiräten müſſen wir machen, wenn eine Verbindung zwiſchen Schule und Elternhaus angebahnt werden ſoll. Der Religionsunterricht ſollte nicht auf die Dauer Prüfungsfach bleiben.

Abg. **Hoffmann** (Deutſchnat.): Unſere Fraktion ſtellt ſich im großen und ganzen auf den Boden der neuen Zeit und erkennt die Einheitsſchule an. Wir ſind bereit, am Aufbau und Ausbau derſelben mitzuwirken, ſtehen aber auf dem Standpunkt, daß das Recht der Eltern hinſichtlich der Einſchulung ihrer Kinder unbedingt belaſſen werden muß. In den Mittelſchulen ſehen wir ein beſonders geeignetes Mittel, um den Schülern Kenntniſſe für das praktiſche Leben zu geben. Die höheren Schulen ſind berufen, Führer unſeres Volkes in dem Kampf ums Daſein zu ſchaffen. Wir legen großes Gewicht auf die deutſche Sprache in den Schulen. Jeder Deutſche muß ſeine Mutterſprache beherrſchen. Bezüglich des bisherigen Geſchichtsunterrichts wirft man uns vor, daß dieſer in hohenzollernſchem Geiſt gehalten worden ſei. Es iſt weiter nötig, unſeren Schülern an den hohen Schulen eine Ausbildung zu geben, die ſie zu Führern des Volkes macht. Obligatoriſche Teilnahme am Turnunterricht iſt wirklich erforderlich. Redner erklärt ſich dann gegen das von den Unabhängigen beantragte Rätesyſtem im Verwaltungsweſen der Schule und gegen die Mitwirkung des Lehrerkollegiums bei der Anſtellung des Anſtaltsleiters. Man macht jetzt einen großen Unterſchied zwiſchen national und nationaliſtiſch. Wir ſind national in dem Sinn, wie das Kaiſertum der Hohenzollern wirklich ſozial war.

Abg. **Dr. Weyl** (U. S.): Die Oberlehrer tragen ein gut Teil Schuld an der heutigen Not unſeres Landes. Was war es für eine Roheit der Geſinnung, zur Bildung von Freiwilligenregimentern für Flandern aufzufordern! (Lebhaftes wiederholtes „Pfui!“ rechts und große Unruhe.) Ein ſiegreicher Krieg, wie Sie (nach rechts) ihn ſich gedacht haben, wäre ein Unglück für das deutſche Volk geweſen. (Lebhafter Widerſpruch rechts. Zuruf: Dann hätten wir Brot!) Reaktionäre Umtriebe muß das Miniſterium bekämpfen. Bisher wurde im Geſchichtsunterricht lediglich Hohenzollernſcher Hurrapatriotismus getrieben. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.) Wir verlangen nicht eine bürgerliche, ſondern eine ſozialiſtiſche Einheitsſchule. Nicht einzelne, ſondern die Geſamtheit wollen wir emporbilden. (Sehr richtig! bei den Unabhängigen.)

Abg. **Dr. Bölitz** (D. Vpt.): Der Zickzackkurs der Regierung hat große Unruhe in die Lehrerſchaft und in die Reihen der Schüler getragen. Reformen ſind nötig hinſichtlich der ſogenannten Kollegialſchulen. Auch wir ſind für die Selbſtverwaltung der Schule. Die Taten unſerer Jugend bei Ypern ſtellen eine der glänzendſten Taten des Krieges dar. Nicht ſcharf genug können wir das abfällige Urteil des Vorredners zurückweiſen. (Sehr richtig!) Wir ſind für die Erhaltung des Gymnaſiums. Unverſtändlich iſt uns, wie der Abgeordnete Lüdemann dem Direktor Leonhard verwerfliche Unaufrichtigkeit vorwerfen kann. Er hat in völlig gutem Glauben gehandelt. Seine Ruhepenſion muß vom Amte ſofort aufgehoben werden. Schülerſtreiks verurteilen wir. Man ſollte aber nicht zu drakoniſch vorgehen. Auf Leibesübungen in den Schulen legen wir beſonderen Wert. (Beifall.)

Abg. **Baumeiſter** (Soz.): Jeder muß zu ſtaatsbürgerlichem Denken erzogen werden. Wir fordern das deutſche Gymnaſium. Die Religion iſt ein ordentliches Lehrfach, nicht aber Pflichtfach. Der Moralunterricht darf nicht nur im Herſagen leerer Formeln beſtehen.

Freitag 12 Uhr: Fortſetzung, kleine Anfragen.
Schluß nach 7 Uhr.

Provinz Sachſen

c. Zſcherndorf, 11. Dez. (Mord.) Der jüngſt in einem Schachte der Deutſchen Grube aufgefundene Leichnam iſt als der Gaſtwirt Hüttenrauch von dem an der Straße Bitterfeld—Holzweißig liegenden Lokale „Preußiſche Krone“ feſtgeſtellt worden. Es liegt ein Mord vor. Der Mann iſt von einem bei ihm wohnenden Handelsmann auf Veranlaſſung ſeiner Ehefrau und ſeines Sohnes unter einem Vorwande nach dem Werke Neuſtaßfurt gelockt, dort von einem Arbeiter durch einen Schuß in den Kopf getötet und dann in das Kohlenfeld geworfen worden. Die beiden Beteiligten, ſowie Mutter und Sohn wurden verhaftet und dem Bitterfelder Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Alle ſollen ein Geſtändnis abgelegt haben.

g. Raßnitz (Kr. Merſeburg), 12. Dez. (Von der Wilderer-Affäre.) Am Dienstag fand am Tatorte, an welchem am zweiten Kirmestage der hieſige Gaſthofsbeſitzer und Gemeindevorſteher Sperling bei einem Zuſammentreffen im Beiſein ſeines Bruders aus Zöſchen mit dem Jagdaufſichtsbeamten Kirchmann durch einen Bruſtſchuß ſchwer verletzt wurde, ein Lokaltermin ſtatt. Der Verletzte, welcher von ſeiner Verwundung ſoweit hergeſtellt worden iſt, daß er dem Amtsgericht Schkeuditz zugeführt werden konnte, nahm in Gegenwart einer Gerichtskommiſſion an dem Lokaltermin teil, bei welchem die näheren Umſtände und die Vorgänge zu Protokoll genommen worden ſind und die weitere Unterſuchung der ganzen Angelegenheit in die Wege geleitet worden iſt.

g. Aus dem Elſtertale, 12. Dez. (Vom Saatenſtande.) Die offene und fruchtbare Witterung der letzten Zeit hat einen günſtigen Einfluß auf unſeren Saatenſtand ausgeübt. Auch der ſpäter ausgeſtreute Samen iſt unter der lagernden Schneedecke aufgegangen; die Pflanzen der frühzeitigen Saatfelder haben ſich kräftig entwickelt und hinreichend beſtockt, ſo daß ſie widerſtandsfähig gegen winterliche Einflüſſe ſind. Der Stand iſt auch ein vollkommener und regelmäßiger, ſo daß er allgemein als befriedigend bezeichnet werden kann. Erfreulicherweiſe haben die Saaten auch nicht durch Mäuſeplage zu leiden. Bei Weizen wird hier und da über dünnen Stand geklagt; die Urſache dürfte auf Krähenſchaden, verurſacht im Keimprozeß der Körner, zurückzuführen ſein. Die ziemlich ſtrenge Kälte im Anfange des vorigen Monats dürfte den jungen Kleearten, inſonderheit Eſparſette, verhängnisvoll geworden ſein, indem verſchiedene Pflanzen erfroren zu ſein ſcheinen.

g. Aus dem Elſtertale, 9. Dez. (Das Roden der Zuckerrüben) iſt dank der offenen Witterungsverhältniſſe rüſtig vorwärts geſchritten, ſo daß die kleineren Wirtſchaften damit fertig geworden ſind und auch die Zufuhr der Rüben nach den Fabriken beendet haben; auch auf den größeren Gutsverwaltungen ſind dieſe Arbeiten weſentlich gefördert worden, doch iſt immer noch froſtfreie Witterung erwünſcht, um das Roden zu einem befriedigenden Abſchluß bringen zu können. Nur die Abfahrt der Rüben vom Acker geſtaltet ſich bei dem ganz durchweichten Boden ſchwierig, denn öfter ſind fünf Paar Zugtiere vor einen Wagen geſpannt nötig, um dieſen vom Acker wegzufahren, da die Räder bis an die Achſen einſinken; deshalb ſind die Anforderungen an Menſchen und Zugtiere keine geringen.

— **Weißenfels**, 11. Dez. (Kreistag.) Am 20. Dezember findet im Kreishauſe ein Kreistag ſtatt. Zu den wichtigſten Punkten der Tagesordnung gehören: Einführung des Rechtsanwalts und Notars Wünſcher in Teuchern als Kreisdeputierter; Unterhaltung der Kreisſtraßen; Wahlen und Erſatzwahlen; Bericht über die Kraftverkehrsgeſellſchaft Sachſen-Anhalt; Einrichtung von Mieteinigungsämtern; Bezüge der Bezirkshebammen; Einkommenſteuerverhältniſſe der Gemeindeſchweſtern; Ruhegehälter der Kreisſtraßenarbeiter; Landwirtſchaftliches Tarifamt Sachſen-Anhalt.

— **Weißenfels**, 11. Dez. (Von einer Handgranate zerriſſen.) Im Barackenlager der Gewerkſchaft Mücheln in Großkayna ſpielte ein Arbeiter (ehemaliger Reichswehrſoldat) mit einer Handgranate. Sie explodierte und riß den Mann in Stücke.

Aus Thüringen.

ö. Weimar, 11. Dez. (Verſchiedenes.) Auf Grund des Beſchluſſes des Staatsrates von Thüringen ſoll am Montag, den 15. d. M. in allen Volks- und höheren Schulen auf die Tatſache der vollzogenen Einigung der ſechs thüringiſchen Staaten hingewieſen werden und auf die Bedeutung dieſes Ereigniſſes, insbeſondere in politiſcher und wirtſchaftlicher Beziehung. Auch auf den am 16. d. M. zuſammentretenden Volksrat von Thüringen in Weimar ſoll entſprechend aufmerkſam gemacht werden. — Hofkapellmeiſter Dr Paul Raabe hat ſein Amt als 1. Vorſitzender der Weimarer Geſellſchaft niedergelegt. An ſeine Stelle wurde der Direktor des Goethe-Nationalmuſeums Dr. Wahl gewählt. Die Mitgliederzahl der Weimarer Geſellſchaft iſt auf 750 angewachſen.

gg. Jena, 11. Dez. (Thüringiſcher Volksrat.) Am 16. d. M. tritt der Thüringiſche Volksrat zuſammen. Als wichtigſte Vorlage wird die Verwirklichung der Verfaſſung von Thüringen vorgenommen werden.

gg. Jena, 11. Dez. (Als Nachfolger von Rudolf Eucken) ſind in Vorſchlag gebracht: Profeſſor Wundt-Marburg, Privatdozent E. Hartmann-Marburg und Profeſſor Medicus-Zürich.

— **Greiz**, 11. Dez. (Die Abfindung des Fürſten Reuß.) Die Verhandlungen zwiſchen dem ehemaligen Fürſten Reuß j. L. und dem Volksſtaate Reuß haben zu einem Vergleich geführt. Dieſer ſieht vor, daß der Fürſt von ſeinem auf etwa 60 Millionen Mark geſchätzten Beſitztum ungefähr 25 Prozent des geſamten inländiſchen Grundbeſitzes abtritt. An Schlöſſern tritt der Fürſt das Schloß Schleiz, Schloß Hirſchberg und Tinz bei Gera ab.

Aus Sachſen.

— **Leipzig**, 11. Dez. (Beim Zugentſteigen tödlich verunglückt.) Auf dem Leipziger Hauptbahnhof wurde am Dienstag morgen eine ältere Frau, die zu früh einem einlaufenden Zug entſtiegen war, von der Abteilstür erfaßt und zwiſchen Rampe und Trittbrett des fahrenden Zuges gedrückt. Als ſie aus ihrer Lage befreit werden konnte, war der Tod durch Quetſchung bereits eingetreten.

— **Leipzig**, 11. Dez. (Beſtätigtes Todesurteil.) Das Reichsgericht verwarf die Reviſion des Fleiſchergeſellen Auguſt Weißner und des Fleiſchers Otto Behme, beide aus Salzwedel, die vom Schwurgericht Stendal am 9. Oktober zum Tode verurteilt worden waren, weil ſie am 20. Juni im Salzwedeler Staatsforſt den Bautechniker Willy Heide in räuberiſcher Abſicht ermordet hatten.

„H. Z.“ Sportberichte

ri. Magdeburg, Zum Sonntag ſind drei Treffen — die erſten Spiele der zweiten Runde — angeſetzt. Germania—Cricket Viktoria, Sportverein Viktoria—S. C. 1900 und Preußen 99—Sport- und Spielvereinigung werden ſich gegenüberſtehen. Der ſchärfſte Kampf wird ohne Zweifel derjenige des Sportvereins gegen den Sportklub werden, deſſen Ausgang als vollkommen offen bezeichnet werden muß. Preußen und die aufkommenden „Vereinigten“ werden ſich ebenfalls einen harten Kampf liefern, doch dürften denſelben die Preußen für ſich entſcheiden. Auch die Cricketer ſollten das Spiel gegen die noch immer ohne Maurer antretenden Germanen knapp, aber ſicher gewinnen, wenn die Platzbeſitzer nicht ein weit beſſeres Spiel als letzten Sonntag vorführen. Hoffentlich können die Ligaſpiele endlich wieder einmal auf einwandfreiem Boden ausgetragen werden.

— **Deutſche Eislauftermine 1920.** Für die großen eisſportlichen Veranſtaltungen ſind jetzt die Termine feſtgeſetzt worden. Den Anfang machen die Schnellaufmeiſterſchaften von Berlin vom 11. Januar. Am 18. Januar gehen dann die deutſchen Eislaufmeiſterſchaften ebenfalls in Berlin vor ſich. Die bekanntlich Breslau überwieſenen deutſchen Kunſtlaufmeiſterſchaften für Damen-, Herren- und Paarlaufen werden am 1. Februar ausgetragen, und endlich am 8. Februar kommen die Berliner Kunſtlaufmeiſterſchaften zur Erledigung.

Anſprache an den Kongreß der mitteldeutſchen Nervenärzte und Pſychiater in Halle

von Geh. Med.-Rat Prof. Anton.

Die nachſtehenden Ausführungen geben wir wieder, weil ſie auch in Laienkreiſen Anſpruch auf Intereſſe erheben dürfen. D. Red.

Meine Herren! Ihr heutiges Erſcheinen bedeutet ein heldenmäßiges Ueberwinden von kleinen und großen Hinderniſſen, welche in dieſen Zeiten der fruchtbaren geiſtigen Arbeit entgegengeſtellt werden. In unſerem heutigen Beiſammenſein muß veranſchlagt werden, wieviel der einzelne der Kollegen zu kompenſieren und zu überſteigen hatte, bis er gelangen darf in die höhere Warte wiſſenſchaftlicher Arbeit. In dieſer Selbſtbeherrſchung, in dieſem Durchringen liegt allein ſchon eine Tat.

Wir haben viele der Beſten zu betrauern; und doch ſtarben ſie dahin für Glück und Wohlergehen des Vaterlandes. Gerade ihr Lebensopfer gemahnt uns an die Pflicht, aufrecht zu bleiben und ungebrochenen Mutes vorwärtszuſtreben. Ja, es fordert uns auf, für alle im Vaterlande die Glücksſumme zu erhalten, für welche ſie in Not und Tod gegangen ſind. Das Ziel unſerer Edlen bleibt lebendig, und was die Opfer des Krieges nicht erreichen konnten, muß tapfere, gemeinſame, ſagen wir: frohe Friedens-Arbeit erreichen. Der ſogenannte Friedensſchluß hat uns Deutſchen alle ſonnigen und warmen Plätzchen in Berg und Tal genommen, was gerade wir Aerzte in ſeiner ganzen Tragweite ermeſſen können. Schon hat der Hohn und die Schadenfreude unſerer Feinde den Ausdruck der naßkalten Nation geprägt. Wir aber wiſſen, daß der höhere Menſchentypus auch geſteigerte Anpaſſungsfähigkeit für ſich hat, und daß im Ueberwinden eine geiſtige Gymnaſtik erzeugt wird, welche die Lebensfähigkeit ſteigert, ja, welche auch die Menſchenqualitäten zu ſteigern imſtande iſt.

In den gegenwärtigen düſteren Zeiten ſind gerade unſerer Gilde neue ernſte Aufgaben erwachſen. Wir ſehen, daß wir nicht nur einzelne kranke Perſonen zu retten oder wenigſtens zu entlaſten haben, ſondern daß unter ungeheuren Opfern und Schickſalsſchlägen unſer ganzes Volk, zum mindeſten viele Schichten desſelben erkrankt ſind. Nunmehr muß unſer ganzes Rüſtzeug der Wiſſenſchaft ſich bewähren für Geſundung des ganzen Volkskörpers, insbeſondere aber für die Geſundung des Geiſtes, des Gemüts und des Willens. Gerade der Pſychiater muß in den Dienſt der geiſtigen Hygiene ſich ſtellen und eine geiſtige Feuerwehr organiſieren, welche die Brandſtifter von außen und innen allgemach unſchädlich macht. Wir alle wiſſen, daß die Feinde auch nach dem Frieden Feinde geblieben ſind. Wir alle wiſſen, daß der Feind ſeine Garde nicht nur in den unerlöſten Beſatzungsgebieten placierte, ſondern auch mitten unter uns. Hier heißt es, auf allen Gebieten wachſam, tapfer und ausdauernd ſein.

Mit Recht wurde das Gleichnis wiederholt, daß die Unmenge von Bazillen der großen Städte durch die ſtrömenden Flüſſe desinfiziert werden. In der Tat ſteht zu erhoffen, daß das kräftig pulſierende nationale Leben die eingeniſteten Infektionen allgemach immuniſiert und zum Schwinden bringt. Mit aller Zuverſicht können wir hoffen, daß ein ſo geſundes, ſo beſonnen veranlagtes Volk die nötigen Antikörper, die nötigen Fermente aus ſich herausbringt, um die üblen Wirkungen zu überwinden, welche ein tückiſcher Feind in uns bis zur Zerſetzung groß zu züchten ſucht. Viel übler war es um den deutſchen Stamm beſtellt nach dem unſeligen 30jährigen Kriege; und doch konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit in Deutſchland, wo einſtens nur 6 Millionen verblieben waren, wieder 60 Millionen leben mit verbeſſerter Lebenshaltung, mit verminderter Auswanderungsquote. Noch ſind uns die Ueberlieferungen des Heldenvolkes lebendig; noch iſt unſer Beſtand an Wiſſen, der erhabene Bau der deutſchen Wiſſenſchaft aufrecht, noch iſt der Betrieb nicht in Scherben gegangen, welche die geiſtige Kultur als Gemeingut aller Mitbürger des Staates gerade in Deutſchland wirkungsvoll und lebendig werden ließ. Alle, welche in deutſcher Sprache und deutſcher Kultur ihre Menſchwerdung erfahren haben, ſollen daran teilnehmen. Auch die religiöſen Gefühle aller Bekenntniſſe in Deutſchland zeichnen ſich dadurch aus, daß ſie lebendig umgeſetzt werden ins wirkliche Leben und daß der deutſche Idealismus werktätig im Leben ſich geltend macht und dieſes auf eine höhere Warte bringt.

Gebe Gott, daß auch der geläuterte Verkehr von Menſch zu Menſch bald einen großen Faktor abgibt, um die Glücksſumme der Geſamtheit zu erhöhen! Dies war ja der Leitgedanke, welcher der Ausgeſtaltung der deutſchen wiſſenſchaftlichen Kongreſſe zugrunde lag. Wir aber wollen auf unſerem Gebiete trotz aller Hinderniſſe beweiſen, daß das deutſche Kulturvolk lebt und weiterarbeitet am geiſtigen Beſitztum der ganzen Menſchheit, eine Arbeit, deren ſich auch fremde Völker erfreuen, ſelbſt wenn ſie noch im Vorurteil und im Banne einer organiſierten Lügenpreſſe leben. Jeder einzelne ſoll da willkommen ſein; denn die eigentliche Kraftquelle für Volk und Staat iſt doch das einzelne Individuum.

In dieſen ſchweren Zeiten wollen wir auch milde Beurteilung üben; denn derzeit iſt es bereits eine Leiſtung, über die täglichen Kümmerniſſe hinweg wiederum zu geiſtiger Empfänglichkeit zu gelangen und an der Kollektivarbeit unſerer großen Fachaufgabe mitzuwirken. Es beſteht der deutſche Brauch, daß gerade zurzeit, wo draußen Kälte und Winterſturm ſich entfalten, drinnen beim traulichen Herde die Lichter des Julfeſtes ſich entzünden. Dieſe Selbſtkompenſation wollen wir auch in der Wiſſenſchaft üben; denn jeder Arzt braucht einen kleinen Altar, wo die Seele ausruht von den Nachbildern der Erlebniſſe, von den Schattenſeiten des Lebens. Je erbarmungsloſer unſere Feinde, je düſterer die Zeit, umſo heller und wärmer ſoll es ſtrahlen im inneren Kreiſe, den das hehre Band der Seelenkunde verknüpft. Hell im Kopfe, warm im Herzen! ſei unſer Wahlſpruch.

*

— **Elsners Betriebsbücherei.** Herausgegeben von Dr. jur. Fritz Tänzler und Dipl.-Ing. Kurt Sorge. 1. Band: Die Verfaſſung des Deutſchen Reiches vom 11. Auguſt 1919, erläutert und mit einem Sachregiſter verſehen von Dr. Konrad Saenger, Präſidenten des Preußiſchen Statiſtiſchen Landesamts. 198 Seiten. Preis geb. 9 Mk. und 10 Proz. Teuerungszuſchlag.

Das Buch legt in klarer, flüſſiger Schreibweiſe die politiſchen Grundgedanken der Verfaſſung, wie auch die politiſche Bedeutung ihrer einzelnen Artikel dar. Dadurch erhält es gerade im gegenwärtigen Augenblick einen beſonderen Wert: es zeigt nämlich, welche praktiſche Bedeutung die Beſtimmungen der Verfaſſung für das künftige politiſche Leben des deutſchen Volkes haben. Es wird ſo dem politiſch intereſſierten Laien ein trefflicher Führer auf dem ſchwierigen Gebiete des eigentlichen Verfaſſungsrechts ſowohl wie in den Fragen der Kirche, der Schule und des Wirtſchaftslebens, für die man künftig auf die Reichsverfaſſung zurückgehen muß; ganz beſonders ſei hier auf die Erläuterungen über die Stellung des Reichspräſidenten, über die Reichsgeſetzgebung, über Staat und Kirche und über Artikel 165 (den Rätegedanken) hingewieſen. Aber auch für den Berufspolitiker und den Juriſten bildet das Buch gerade wegen ſeiner Eigenart eine notwendige Ergänzung zu den ſonſtigen Kommentaren, in denen der Hauptwert auf rein rechtliche Erläuterungen gelegt iſt.

Halle und Umgebung

Halle, 12 Dezember.

— **Noble Paſſionen.** Im Kiltanprozeß kam u. a. am Sonnabend zur Sprache, daß drei Mitglieder der U. S. P., darunter der Geſchäftsführer des Metallarbeiterverbandes, Banſe, verſucht haben, eine dem Zeugen Weider bekannte Perſon zu belaſtenden Ausſagen gegen dieſen zu veranlaſſen. Der Verſuch — man hatte ſich gemütlich im Café „Kairo" zuſammengefunden — verlief ergebnislos, obwohl man ſogar Wein auffahren ließ. Herr Banſe hat an dem Abend allein eine Zeche von 130 Mk. gemacht. Er kann ſich dies mit gutem Gewiſſen leiſten, verdient er doch monatlich 700 Mk., wie er ſtolz dem Vorſitzenden bekannte. (Dies nur zur Orientierung für diejenigen Leſer, die irgendwelchen Argwohn ob der hohen Zeche des Herrn Banſe ſchöpfen könnten.) Immerhin ſteht dieſes noble Auftreten in einigem Widerſpruch zu dem monatlichen Exiſtenzminimum von 1200 Mk., das das „Volksblatt" kürzlich für eine Arbeiterfamilie aufſtellte. In dieſer Aufſtellung dürften wohl derartige koſtſpielige Abende fürſorglicher „klaſſenbewußter" Familienväter ſchwerlich vorgeſehen ſein. Es iſt daher ſchließlich nicht verwunderlich, wenn demnächſt eine Erhöhung dieſes Exiſtenzminimums gefordert wird.

— **Im chriſtlichen Gewerkſchaftskartell** ſprach am Mittwoch abend Bezirksleiter Höhle-Dresden vor einer gutbeſuchten Verſammlung über „Soziale Fragen". Sozial heißt geſellſchaftlich. Von dieſen Grundgedanken aus, ſo führte Redner aus, muß dieſes Moment erfaßt werden. Nach einem hiſtoriſchen Rückblick auf die Entwicklungsgänge, insbeſondere auf ſeine Auswirkung im Altertum und Mittelalter, behandelte der Referent auf das eingehendſte den Einfluß der ſozialen Frage auf die moderne Volkswirtſchaft. Das ſoziale Problem habe durch die induſtrielle Entwicklung, durch den Beruf des Lohnarbeiters eine große Verſchärfung erfahren und dränge zur Löſung. Die tatſächlichen Verhältniſſe, das Darniederliegen unſerer ganzen Volks- und Weltwirtſchaft laſſen eine Löſung dieſer Frage im extremen Sinne nicht zu. Es muß eine Formel gefunden werden, die den berechtigten Forderungen des arbeitenden Teiles Rechnung trägt und andererſeits auch die Exiſtenz der Unternehmer ſichert. Denn letzten Endes ſind alle Volksteile auf Gedeih und Verderb verbunden, dies muß immer berückſichtigt werden und hat die Haltung der chriſtlichen Gewerkſchaften zu beſtimmen. — Die ſoziale Frage kann nicht durch Experimente oder Schlagworte gelöſt werden, ſondern ſie bildet einen Komplex von Fragen, die mit Vorſicht und Ueberlegung behandelt werden müſſen. — Ein beſonderes Kapitel bildet dabei die Tätigkeit der Gewerkſchaften, von deren Mitarbeit unzweifelhaft ſehr viel abhängt. Angeſichts der Bedeutung der Gewerkſchaften mit ihren Millionen Mitgliedern iſt die Möglichkeit einer Löſung dieſer Frage im Sinne der chriſtlichen Gewerkſchaftsbewegung zu erwarten. Von ganz beſonderer Wichtigkeit iſt die Mitarbeit der chriſtlichen Gewerkſchaften mit ihren ſozialen Grundſätzen, mit ihrem großen Schatz an moraliſchen Werten bilden ſie das Fundament einer neuen Geſellſchaftsordnung. An Stelle von Egoismus — Gemeinſinn, von Materialismus — Idealismus, alſo einen ganz neuen Geiſt brauchen wir, um an die Löſung dieſes großen Problems heranzutreten. — Nach einer lebhaften Ausſprache ſchloß der Vorſitzende Zwanzig die Verſammlung.

— **Die Rückwandererhilfe** hat für das am 15. Dezember nachmittags um 5 Uhr in der „Loge zu den drei Degen" ſtattfindende Konzert an den Litfaßſäulen ein Plakat anbringen laſſen. Das Programm, deſſen Ausführung Agnes Leyhecker (Alt), Mechtild Gräfin Waldeck (Violine), Pfarrer Dr. Friedrich Sannemann (Violine), Otto Volkmann (Klavier und Orcheſterbegleitung) und das Orcheſter des collegium musicum der Univerſität Halle übernommen haben, bürgt für hochwertige Muſik. Karten zu 10, 5 und 3 Mark bei H. Hothan. Der Ertrag des Konzertes kommt den vertriebenen Auslanddeutſchen zugute.

— **Deutſcher Offiziersbund.** Am Sonnabend um 8 Uhr abends findet in den „Deutſchen Bierſtuben" eine Sitzung des Arbeitsausſchuſſes ſtatt.

— **Die ſchulärztliche Sprechſtunde** findet auch während der „Kohlenferien" ſtatt. Insbeſondere wird Kindern, die wegen Schwächlichkeit und Unterernährung für einen Aufenthalt im Ausland in Frage kommen, empfohlen, dieſe Sprechſtunden ſchon jetzt aufzuſuchen. Sprechſtunden für höhere und Mittelſchulen (Profeſſor v. Drigalski) Dienstag, Donnerstag und Freitag von 8½ bis 9½ Uhr. Sprechſtunden für Volksſchulen (Stadtſchularzt Dr. Peters) Montag und Donnerstag von 8 bis 9 Uhr, Dienstag und Freitag von 11 bis 12 Uhr vormittags. Es wird jedoch ausdrücklich und erneut darauf hingewieſen, daß nur wirklich erholungsbedürftige Kinder für dieſe Entſendungen ins Ausland in Frage kommen, und daß für keines der unterſuchten Kinder irgend eine Gewähr für Entſendung ins Ausland übernommen werden kann.

— **Eine Angeſtelltenverſammlung** fand geſtern abend um 6 Uhr auf dem Marktplatze ſtatt.

— **Schwurgericht.** In der Sitzung am 11. Dezember unter dem Vorſitz des Landgerichtsdirektors Panſe wurde gegen den früheren Kellner Guſtav Kurzhals, zuletzt Maſchiniſt in Leuna, verhandelt, dem die Anklage einfachen und ſchweren Diebſtahl im Rückfalle und verſuchten Totſchlag zur Laſt legte. Der Angeklagte ſoll am 13. April 6—8 Liter Oel in einer Kanne geſtohlen haben, während er den Diebſtahl beſtreitet und das Oel von einem, ihm dem Namen nach nicht bekannten Manne gegen 10 Pfund Mehl und 50 Pfund Kartoffeln eingetauſcht haben will. Er ſoll ferner in der Nacht zum 14. Mai drei Kaninchen mittels Einſteigens an ſich gebracht haben. Er hat ſie aber nach ſeiner Angabe von einem Manne namens Eberhardt, von dem er ſonſt nichts weiter weiß, für 60 Mk. gekauft, um ſeinem kranken Vater etwas zuwenden zu können. Als er mit den drei Kaninchen von dem Pförtner Ackermann in Leuna angehalten wurde, ſetzte er ſich zur Wehr und hat auf den Pförtner geſchoſſen, ohne ihn jedoch zu treffen. Der Sachverſtändige, Büchſenmacher Heßler, bekundete, daß ein Schuß aus dem gebrauchten Revolver den Angegriffenen nicht hätte töten können, während der Sachverſtändige Gerichtsarzt Prof. Dr. Artur Schulz ſein Gutachten dahin abgab, daß der von ihm unterſuchte Angeklagte zurechnungsfähig, aber leicht aufgeregt ſei. Die Geſchworenen verneinten alle vorgelegten Schuldfragen, worauf der Angeklagte auf Koſten der Staatskaſſe freigeſprochen werden mußte. Auch wurde der Haftbefehl aufgehoben und der Angeklagte auf freien Fuß geſetzt.

— **Max Montor** vom Hamburger Schauſpielhaus ſpricht heute, Freitag, abends um 7½ Uhr im „Mozartſaal" frei aus dem Gedächtnis den ganzen „Julius Caeſar" von Shakeſpeare, worauf nochmals hingewieſen ſei. Das Bewunderungswürdige iſt hierbei nicht die Leiſtung ſeines Gedächtniſſes allein, das dieſen Künſtler nicht eine Sekunde lang im Stiche läßt, ſondern der Aufwand künſtleriſcher Kraft, der an dieſe gewaltige Tragödie geſetzt werden muß. Der Geſamteindruck iſt nach vorliegenden Preſſeſtimmen ein überwältigender. Karten bei H. Hothan.

— **Beethovens Meiſter-Sonaten** kommen am 2. und 3. Vortragsabend der Herren Schramm und Prof. Havemann zum Vortrag, und zwar am 15. Dezember A-Moll op. 23, F-Dur op. 24 (Frühlingsſonate), C-Moll op. 30 Nr. 2, und am 16. Dezember A-Dur op. 30 Nr. 1, G-Dur op. 96, A-Dur op. 47 (Kreutzer-Sonate). Beide Abende finden im „Mozartſaal" ſtatt. Karten bei H. Hothan.

— **Die berühmte Sängerin Maria Pos-Carloforti** iſt auch von der Konzertdirektion Siegfried Kummerehl zu einem Liederabend am 17. Dezember in den „Thaliaſälen" gewonnen worden. Karten bei H. Hothan.

— **Weihnachtskrippenſpiele.** Wie uns mitgeteilt wird, kommt das vor 2 Jahren mit großem Erfolg im „Mozartſaal" aufgeführte Weihnachtskrippenſpiel von Hedwig Gutzeit-Wegener am 20. und 21. Dezember in den „Thaliaſälen" aufs neue zur Darſtellung. Auch das neu erbaute Volkstheater in Leipzig hat das Stück zur Aufführung erworben.

Volkswirtſchaft

Abdruck der mit einem ✱ verſehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtſchaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Halleſche Zeitung" geſtattet

Vom rheiniſch-weſtfäliſchen Wertpapiermarkte. Der Verkehr am rheiniſch-weſtfäliſchen Wertpapiermarkte hat in der Berichtswoche eine weitere Einſchränkung erfahren, die im weſentlichen auf den nahenden Jahresſchluß zurückzuführen ſein dürfte. Die Neigung, neue Verbindlichkeiten einzugehen, iſt gering, und es fehlt dem Markte auch an neuen Anregungen. Für Kohlenkuxe hat die lebhafte Nachfrage der vergangenen Woche in ſchweren Werten nachgelaſſen. Auf etwas ermäßigter Grundlage vollzogen ſich jedoch mehrfache Umſätze in Conſtantin der Große, Ewald, Helene u. Amalie, Lothringen und Langenbrahm. Niedriger ſtellten ſich König Ludwig und Graf Schwerin. Von Mittelwerten fanden die größten Umſätze in Trier auf das inzwiſchen bekannt gewordene Angebot des Köln-Neueſſener Bergwerksvereins ſtatt. Die Unklarheit, die über die kursmäßige Höhe dieſes Angebotes beſtand, führte zu Schwankungen in den Kuxen zwiſchen 16 000 bis 14 300 Mk. In größeren Beträgen wurden Adler bei Kupferdreh aus dem Markte genommen, ferner Blankenburg, Caroline, Gottesſegen, Hermann 1/3 und Trappe mehrfach gehandelt. Linksrheiniſche Werte lagen ſchwach, und erſt bei Niederſchrift dieſes Berichtes zeigt ſich auf ermäßigter Grundlage einige Kaufluſt, die mit einer leichten Steigerung verbunden war. Am Braunkohlenmarkte hielt das ſtarke Intereſſe für Zukunftaktien an. Weiter blieben Oskarſegen beachtet. Am Kalimarkte hat die gemeldete Preiserhöhung eine weitere Belebung des Geſchäftes nicht gebracht, und auch die ihrer Vollendung entgegengehende Verſchmelzung der Gewerkſchaft Alexandershall mit der Gewerkſchaft Wintershall vermochte neue Anregungen nicht zu bieten. Unter nachlaſſenden Umſätzen ſenkte ſich der Preisſtand der meiſten Werte gegenüber den höchſten Notierungen der Vorwoche leicht. Alexandershall und Wintershall ſelbſt konnten zwar nach vorübergehenden Entlaſtungsverkäufen im weiteren Verlaufe anziehen. Auch Kaiſeroda und Sachſen-Weimar blieben zu höchſten Kurſen gefragt. Niedriger ſtellten ſich dagegen Neuſtaßfurt und Glückauf-Sondershauſen, ebenſo Burbach, Carlsfund und Hanſa-Silberberg. Knapp behauptet ſchließen Siegfried I und Wilhelmshall. Die Werte der Wilhelm Sauer-Gruppe erlitten auf Glattſtellungen Einbußen von 500 bis 1000 Mk. Auch die Gumpel-Werte wurden mit Ausnahme von Königshall und Hindenburg zum Verkauf geſtellt. Günſtigere Meinung beſtand dagegen für elſäſſiſche Werte, die auf Käufe der Unternehmung kräftige Erholungen zeigen. Von mittleren und leichten Kuxen zeichnen ſich die Werte der Finnegruppe durch Käufe aus, die ihren Kurs um weitere 300 Mk. hoben. Die übrigen Kuxe lagen bei geringem Geſchäft ſchwächer. Von Kaliaktien wurden Großherzog von Sachſen, Krügershall, Ronnenberg, Sigmundshall u. a. m., zum Teil in größeren Beträgen, umgeſetzt.

✱ **Maſchinenfabrik Kappel zu Chemnitz-Kappel.** Vor einem Kreiſe von Aktionären hat der Vorſitzende des Aufſichtsrates ſich über die geſchäftliche Lage des Unternehmens etwa wie folgt geäußert: Daß der in der letzten Bilanz ausgewieſene Verluſt nicht ſofort aus den Reſerven getilgt worden iſt, hat ſeinen Grund darin, daß dieſer Verluſt von der Verwaltung nicht allzu ſchmerzlich genommen wird. Zu dem Antrage in der letzten Hauptverſammlung, den Vorſtand zu ermächtigen, evtl. einzelne Betriebszweige ſtillzulegen bis zur Wiederkehr beſſerer Verhältniſſe, bemerkte der Vorſtand, daß man dabei zunächſt den Stickmaſchinenbau im Auge habe, der gegenwärtig auf Lager arbeite. Die Verwaltung legte aber Wert darauf, dieſe Abteilung weiterarbeiten zu laſſen, damit das Werk, wenn die Nachfrage, die in nicht allzu ferner Zeit zu erwarten ſteht, einſetzt, gerüſtet und ſofort leiſtungsfähig iſt. Vorläufig jedoch ſind die für dieſe Abteilung verausgabten Mittel als ſpekulativ verbrauchtes Geld anzuſehen, das ſich aber aller Vorausſicht nach gut verzinſen wird. In allen anderen Abteilungen iſt das Unternehmen ſo ſtark mit glänzend bezahlten Auslandsaufträgen verſehen, daß die Verwaltung ſeit einiger Zeit dazu hat übergehen müſſen, Inlandsaufträge abzulehnen.

Berliner Börſenberichte

Börſenſtimmungsbild. Bei Beginn des heutigen Börſenverkehrs ſtiegen bei lebhafter Kaufluſt Schantungaktien und Petroleumwerte beträchtlich. Auch für bisher weniger beachtete Kolonialpapiere, wie Colmans Kop und Südſee-Phosphat, machte ſich lebhafter Begehr bemerkbar. Feſtverzinsliche ausländiſche Papiere ſtellten ſich dagegen im Zuſammenhang mit der Abſchwächung der Kurſe für ausländiſche Noten etwas niedriger. Sonſt zeigte der Verkehr ein weſentlich ruhigeres Ausſehen als bisher. Die Kursbewegung geſtaltete ſich unregelmäßig. Die Spekulation betätigte ſich weniger, weil eine Klärung der inner- und außenpolitiſchen Lage abgewartet wird. Eine feſte Grundſtimmung blieb jedoch vorherrſchend und kam in höherer Bewertung einzelner Induſtriepapiere zum Ausdruck. So gewannen Gebrüder Böhler 6 Prozent, Anglo Guano 15, Thaler Eiſenhütte im Zuſammenhang mit der geplanten Kapitalserhöhung 16 Prozent. Von Farbwerten gaben Aktiengeſellſchaft für Anilinfabrikation etwa 12 Prozent nach. Schiffahrtsaktien hatten eine unregelmäßige Kursbewegung. Argo und Deutſch-Auſtraliſche Dampfſchiffahrtsgeſellſchaft gaben nach, während Paketfahrt und Lloyd ſich befeſtigten. Im Anlagemarkt neigten deutſche Anleihen zur Abſchwächung. Oeſterreichiſche und ungariſche wurden wenig umgeſetzt. Die Börſe ſchloß im allgemeinen feſt unter bedeutender Steigerung für Schantungbahnaktien und Orientbahnaktien, die zu den höchſten Kurſen des Tages ſchloſſen.

Produktenbericht. Am Produktenmarkt ſtiegen die Haferpreiſe infolge großer Kaufluſt von allen Seiten, namentlich von den Kommunen, weſentlich. Das Angebot war ſehr knapp. Hülſenfrüchte hatten ruhiges Geſchäft ohne Aenderung der Preislage. Lupinen waren in neuer beſter Ware zur Saat begehrt. Auch Serradella war feſt. Die Heupreiſe waren unverändert. Stroh hatte wieder ſehr feſte Tendenz. Der Eintritt des Froſtes wirkte auf das Geſchäft in Rüben und Möhren nachteilig ein.

Auslandsnotierungen:

Chikago, 10. Dezember. Weizen: November —. Mais: Dez. 141,50. Jan. 136⅝, Mai 132— Juli 133—, Schmalz: Dez. 23,00, Jan. 22,75, Mai 22,95, Juli —,—. Pork: Dezbr. —,—, Jan. 35,10, Mai 33,85, Juli —,—. Rippen: Dezbr. 18,40. Januar, 18,80, Mai —,—, Juli —,—. Hafer: Dezember 78½, Januar —,—, Mai 80¾, Juli —,—

New-York, 9. Dezember. Winter- und Sommerweizen: 237,50. Mais: loko —,—. Mehl: 9,25.—10,25. Schmalz: 23,45. Zucker: —. Kaffee: 15⅛.

Hafernotierungen:

Berlin, 11. Dezbr. Inländiſcher Hafer für 1000 kg in Mark Loko ab Bahn 1960—2000, loko ab märkiſchen Stationen 1960. Tendenz feſter.

Auszahlungen.

Berlin, 10. Dezember.

	Geld	Brief
Holland	1918,50	1921,50
Dänemark	899,25	900,75
Schweden	1059,25	1060,75
Norwegen	1004,25	1005,75
Schweiz	989,25	990,75
Oeſterreich	32,45	32,55

	Geld	Brief
Oeſterreich abgſt.	26,93	27,05
Prag	84,60	84,80
Ungarn	32,95	33,05
Spanien	999,25	1000,75
Finnland	147,75	148,25

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt

Deutsche Werte	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	74.00
5% Deutsche Reichsanl.	77,50
4 „ „	66,10
3½ „ „	60,90
3 „ „	62,10
4 Preuss. Konsols	62,00
3½ „	54,—
3 „	51,80
4 Charl. Stadtanl. 89/99	95.25
4 Magdeb. Stadtanl. 91/06	—.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	102.00
4 Preuss. Centr. Bod.-Pfandbriefe	98,00
4 Preuss. Hypot. Bank-Pfandbriefe 1911	—.—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—.—
4 „ „	—.—
Ausländ. Werte	
4 Oesterr. Kron.-Rente	29.00
4 Ungar. Gold-Rente	67,25
4 Ungar. Kronen Rente	34.00
Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	—.—
Halle-Hettstedter	—.—
Schantungbahn	579.—
Allg. Lokal-Str	136,—
Gr. Berl. Str	115,
Magdeburger Str.-B.	—.—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	—.—
Orientbahn	—.—
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	118⅛
Hambg.-Südamerika	202.00
Hansa-Dampfschiff	308,00
Nordd. Lloyd	120.—
Banken:	
Bank für Thür.	136.00
Berl. Handelsges.	161.50
Comm u. Diskontobank	134.25
Darmstädter Bank	119.00
Dess. Landesbank	110.—
Deutsche Bank	258.00
Diskonto-Comm.	176,—
Dresdner Bank	148.00
Credit-Anst. Leipzig	137.25
Mitteld. Kreditbank	128.75
„ Privat-Bank	—.—
Nationalbank	123.00
Oesterr. Kredit	104.50
Reichsbank	147.75
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	245.00
Akt. f. Anilin	278.—
Allgem. Elektr.-Ges.	245.50
Ammendorfer Papierf.	518.—
Anhalter Kohlenw.	326.—
Annaberger Steingut	221.00
Badische Anilin	471.00
Bergmann-Elekt.-Akt.	169.75
Berl. Masch.-Bau	225.50
Bismarckhütte	266.—
Bochumer Gußstahl	220.25
Chem. Fabrik Buckau	—.—
Chem. Griesheim	252.00
Chem. v. Heyden	255,—
Consolidation Schalke	349,50
Crölliwitzer Papierfabr.	—.—
Daimler-Motoren	274.75

Deutsch-Luxemburg	204.00
Deutsche Uebersee-El.	780.00
Deutsche Erdöl	525,00
Deutsche Gasglühl.	515
Deutsche Kali	248,—
Deutsche Waff. u. Mun.	228.00
Donnersmarkhütte	263.00
Döring u. Lehrmann	111.25
Dürkoppwerke	350,00
Elberfelder Farben	369.—
Felten u. Guilleaume	243,—
Gasmotoren Deutz	153,—
Gebhardt u. Co.	—.—
Gebhardt u. König	162.00
Gelsenkirch. Bergb	292.50
Glauziger Zuckerfbr.	328.00
Hallesche Masch.-Fabr.	400.00
Hann. Masch.	363.25
Harpener Berg	235.50
Hasper Eisen	200.25
Hirsch Kupfer	270.00
Höchster Farbw.	325.—
Hoesch Eisen u. Stahl	244.25
Hohenlohe-Werke	142,25
Humboldt-Masch.	147.50
Ilse-Bergbau	420,—
Kahla-Porzellan	385.—
Kaliw. Aschersleben	210.00
Körbisd. Zucker-Akt.	—.—
Kyffhäuserhütte	—.—
Lahmeyer u. Co.	139.50
Landw. Bank d. Pr. Sa.	—.—
Lauchhammer	180.00
Laurahütte	184.25
Linke u. Hofmann	380.—
Ludwig Loewe u. Co.	240.—
Lothringer Hütte	200.50
Mannesmannröhren	217.—
Maschinenfabr. Buckau	174.50
Oberschl. Eisenb.-Bed.	154,50
do. Caro Heg.	155,—
do. Kokswerke	260.00
Orenstein u. Koppel	233.50
Phönix-Bergb.	282.—
Rhein. Metall-Vorz.	200,—
Rhein Stahlwaren	189.75
Riebeck. Montan	260.00
Rombacher Hütten	195,—
Rositzer Braunk.	242,—
Rositzer Zucker	185,—
Sangerhäuser Masch.	374,—
Hugo Schneider u. Co.	213.—
Schuckert u. Co.	145.00
Siemens u. Halske	249,—
Stettiner Chamotte	228,—
Stettiner Vulkan	188,00
Stollberger Zinkh.	220,—
Strals. Spielkarten	260,—
Thale-Eisenhütte	213.—
Triptis-Akt.-Ges.	190.25
Türkische Tabakregie	—.—
Ver. Köln-Rottweiler	233⅞
Glanzstoff Elberf.	840,—
Wegelin u. Hübner	161,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—.—
Westeregeln-Alkali	340.—
Wittener Gußstahl	250.00
Wrede-Mälzerei	166.25
Zeitzer Masch.	487.00
Zellstoff Waldhof	220,00
Otavi-Minen	502.00

Tendenz: fest.

Vom Büchertiſch.

— **Ein Kriminalroman** des Norwegers Sven Elveſtad iſt ſtets ein Ereignis. Auch das neue Büchlein „Der Graf von Oslo" (Kürſchners Bücherſchatz Nr. 1247. Hermann Hillger, Verlag, Berlin W 9. Preis 50 Pfg.) rechtfertigt, ja übertrifft die hohen Erwartungen. Packende Handlung, ſeltſame Geſchehniſſe, ſcharfſinnige Liſten und vor allem Spannung bis zuletzt heben dies Werk weit über die gewohnte Kriminallektüre.

— **Dr. A. Mallwitz: Jugendpflege durch Leibesübungen** vom fachärztlichen Standpunkte. 9. Band. 8. Heft der Veröffentlichungen aus dem Gebiete der Medizinalverwaltung. Verlag R. Schoetz, Berlin. Preis 7,50 Mk

Während des Krieges und auch ſchon kurz vor dem Kriege iſt weiten Kreiſen unſeres Volkes zum Bewußtſein gekommen, daß unſerer Jugend eine planmäßige Ertüchtigung und zielbewußte Erziehung im Sport nottut. Nach dem unglücklichen Ausgange des Krieges muß noch dringender gefordert werden, unſere Jugend zu kräftigen, denn auf ihr beruht unſere Hoffnung auf Wiederaufbau unſerer Wirtſchaft. Einen Beitrag zu dieſer Aufgabe gibt Dr. Mallwitz in ſeinem oben genannten Werke. Allen denen, die ſich mit dieſen Fragen zu beſchäftigen haben, ſei dieſes Buch angelegentlich empfohlen. Hth.

Volkswirtſchaftliche Geſpräche. Broſchüren von Friedrich Thiele. Verlag der Kulturliga, Berlin. Preis je 30 Pfg. Bisher erſchienen: Heft 1: Arbeit und Wirtſchaft, Heft 2: Bedürfniſſe und Güter, Heft 3: Kapital und Vermögen. In Vorbereitung Heft 4: Wert und Preis. — Ein im Wirtſchaftsleben vollkommen unerfahrener Romanſchriftſteller wird in epiſodenhafter Weiſe mit einem Profeſſor der Nationalökonomie zuſammengeführt, der ihn über Arbeit und Wiſſenſchaft, Güter und Bedürfniſſe, Kapital und Vermögen, Wert und Preis aufklärt. Dem Verfaſſer iſt es gelungen, die Lehren der Volkswirtſchaft dem Volke in bequemer Weiſe zugänglich zu machen. Es iſt zu wünſchen, daß dieſe kleinen, gelben Heftchen in die Hände recht vieler Menſchen gelangen. Wenn ſie natürlich auch nicht die dicken Bände volkswirtſchaftlicher Profeſſoren erſetzen können, ſo ſind ſie doch für die Maſſe des Volkes ein ſehr gutes Aufklärungsmittel über volkswirtſchaftliche Grundlagen.

B. Cronberger, Jahrbuch für den Kleingartenbau, unter Mitwirkung von Fachleuten herausgegeben. Frankfurt a. M., Verein zur Förderung des Kleingartenbaues. 17. Jahrgang. 1 Mk. In Partien billiger.

— **Handel und Gewerbe.** Von Alfred Bohnhagen. Sammlung „Hammer und Amboß". Eulenverlag in Werdau. Preis 3 Mk. Das Buch zeigt an der Hand der Geſchichte des Handels und Gewerbes, daß der Schutz des Mittelſtandes in jetziger Zeit nur durch engen Zuſammenſchluß zu Wirtſchaftskartellen erreicht werden kann. Es wendet ſich gegen die Sozialiſierung und ſchlägt dem Kleinhandel und Gewerbe das vor, was die Großinduſtrie ſchon längſt getan hat, den Zuſammenſchluß zu Arbeitgeberverbänden. Hth.

— **Der Birſchknecht von Hambach.** Ein Jagdroman aus dem alten Jülicher Lande von Julius R. Haarhaus. Berlin 1919. Verlag von Paul Parey. Gebunden, Preis 6 Mk. und 20 Prozent Teuerungszuſchlag.

An den mittelalterlichen Hof des Herzogs von Jülich, der alljährlich im Jagdſchloſſe zu Hambach dem edlen Weidwerk obliegt, führt uns der Erzähler. Mittelalterliche Jagdſitten und Gebräuche, Jagdabenteuer, Glaubenskämpfe, Gerichtsbarkeit ziehen am Leſer in bunter Fülle vorüber. Lebenswahr tritt daraus die tatkräftige Geſtalt Huberts, des Birſchknechtes von Hambach, hervor, und mit reger Teilnahme verfolgen wir ſein Geſchick, nicht minder wie das ſeiner ihm ſtill ergebenen Kordula, einem friſchen Naturkinde, das ein ſo tragiſches Schickſal finden mußte. Wem bei der überhandnehmenden ſeichten Unterhaltungslektüre nach einer geſunden, anregenden Koſt verlangt, aus der ein Hauch friſcher Waldluft entſtrömt, der greife nach dieſem Buche; er wird es nicht unbefriedigt aus der Hand legen.

Zu beziehen durch die
Goethe-Buchhandlung von Franz Joeſt Verlag
Halle a. S., Gr. Ulrichſtr. 63. Fernruf 4520.

Hauptſchriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politiſche Nachrichten, Volkswirtſchaft und Sport: Hans Helling; für den geſamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kerſten, ſämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunſtdruckerei, Verlag der Halleſchen Zeitung, Halle a. S.